Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT

Abgeordnete Colette Thiemann und Andre Bock (CDU)

Stand, Nutzen und Integration des „Aegis-Schutzschirms“ in Niedersachsen

Anfrage der Abgeordneten Colette Thiemann und Andre Bock (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 26.03.2026

Der „Aegis-Schutzschirm“ des Landes Niedersachsen wird als zentraler Baustein zur Stärkung der Cybersicherheit beworben. In diesem Zusammenhang wurden nach Kenntnis der Fragesteller finanzielle Mittel - insbesondere für Lizenzierungen von Sicherheitslösungen - aufgewendet. Gleichzeitig bestehen Hinweise darauf, dass Kommunen sowie nicht unmittelbar durch IT.Niedersachsen betreute Einrichtungen (z. B. Hochschulen) bislang nur eingeschränkt oder gar nicht von diesem Schutzschirm profitieren können.

1. Welche Gesamtkosten sind bislang im Zusammenhang mit dem „Aegis-Schutzschirm“ entstanden (bitte aufschlüsseln nach Lizenzkosten, Implementierung, Betrieb und weiteren Ausgaben)?
2. Welche konkreten Leistungen und Schutzfunktionen umfasst der „Aegis-Schutzschirm“ aktuell?
3. Welche Behörden, Einrichtungen und Körperschaften sind derzeit gegebenenfalls vollständig in den „Aegis-Schutzschirm“ integriert?
4. Ist es zutreffend, dass Kommunen sowie bestimmte Landes- oder landesnahe Einrichtungen (z. B. Hochschulen) bislang nicht oder nur eingeschränkt angebunden sind? Wenn dies der Fall ist, warum?
5. Gibt es Kommunen in Niedersachsen, die den „Aegis-Schutzschirm“ derzeit aktiv nutzen? Wenn ja, welche Kommunen?
6. Welche technischen, organisatorischen oder rechtlichen Hürden bestehen gegebenenfalls aktuell für eine flächendeckende Integration?
7. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung gegebenenfalls, um die Integration bislang nicht angebundener Stellen zu verbessern?
8. Inwieweit wurden die Bedarfe von Kommunen und nicht zentral betreuten Einrichtungen bereits in der Konzeptionsphase berücksichtigt?
9. Welche Evaluierungen oder Wirksamkeitsanalysen zum „Aegis-Schutzschirm“ wurden gegebenenfalls durchgeführt, und zu welchen Ergebnissen sind diese gegebenenfalls gekommen?
10. Wie bewertet die Landesregierung das Verhältnis von Kosten und tatsächlichem Nutzen des Systems zum jetzigen Zeitpunkt?
11. Welche Alternativen oder Ergänzungen zum bestehenden Ansatz wurden oder werden gegebenenfalls geprüft, um die Cybersicherheit insbesondere auf kommunaler Ebene effektiv zu stärken?
12. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass künftig eingesetzte IT-Sicherheitslösungen über ein tragfähiges Gesamtkonzept verfügen und landesweit wirksam integriert werden können?

(verteilt am 30.03.2026)